

Lesefassung

Vergabe- und Organisationsordnung des Studierendenvorschlagsbudgets (SVB)

der Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg



Stand Datum

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt I: Allgemeines	3
§ 1 Zweck des Studierendenvorschlagsbudgets	3
§ 2 Höhe des Studierendenvorschlagsbudgets	3
§ 3 Vergabe	3
§ 4 Ausschreibung	3
§ 5 Zentrale Ausschreibung und Vergabe	3
§ 6 Dezentrale Ausschreibung und Vergabe	3
§ 7 Allgemeiner Rahmen der Vergabe	4
§ 8 Allgemeiner zeitlicher Rahmen	4
§ 9 Auszahlung	4
§ 10 Umgang mit Restmitteln	4
§ 11 Umwidmungen	4
Abschnitt II: Das Vergabegremium (SVB-Gremium)	5
§ 12 Zusammensetzung des Gremiums	5
§ 13 Wahl des Gremiums	5
§ 14 Arbeit des Vergabegremiums	5
Abschnitt III: Vergabe der zentralen Mittel	6
§ 15 Zugang zu den zentralen Mitteln	6
§ 16 Höhe der zentralen Anträge	6
Abschnitt IV: Vergabe durch die Fachbereiche (dezentrale Mittel)	7
§ 17 Zusammensetzung der Fachbereiche und Höhe der zu vergebenen Mittel	7
§ 18 Zuweisung der Mittel an die Fachbereiche	7
§ 19 Kompetenzen der Fachbereiche	7
Schlussbestimmungen	7
§ 20 Beschluss der Ordnung	7
§ 21 Inkrafttreten	7

Abschnitt I: Allgemeines

§ 1 Zweck des Studierendenvorschlagsbudgets

¹Zweck des Studierendenvorschlagsbudgets (SVB) ist die Vergabe der gemäß § 1 Absatz 2 Hochschulfinanzierungsvertrags-Begleitgesetz (HoFV-Begleitgesetz) auf Vorschlag der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zu vergebenden Mittel zur Sicherung der Qualität von Studium und Lehre (Qualitätssicherungsmittel, QSM). ²Maßgeblich ist die gegenwärtig geltende Hochschulfinanzierungsvereinbarung (HoFV).

§ 2 Höhe des Studierendenvorschlagsbudgets

Der Prozentsatz der Höhe der zu vergebenden Mittel ist in der gegenwärtig geltenden Hochschulfinanzierungsvereinbarung des Landes Baden-Württemberg festgeschrieben.

§ 3 Vergabe

¹Die Vergabe erfolgt durch das Rektorat auf Vorschlag der Verfassten Studierendenschaft. ²Die Koordination der Vergabe und Ausschreibung der Mittel erfolgt entsprechend der §§ 25 ff. der Organisationssatzung durch das SVB-Gremium.

§ 4 Ausschreibung

¹Ein Teil des Studierendenvorschlagsbudgets wird durch das Vergabegremium zentral ausgeschrieben (zentrale Mittel); die Höhe dieser Mittel wird durch Beschluss des Studierendenrats festgelegt. ²Das Vorschlagsrecht für den verbleibenden Anteil (dezentrale Mittel) wird dezentral den Fachbereichen der Verfassten Studierendenschaft überlassen.

§ 5 Zentrale Ausschreibung und Vergabe

¹Die zentralen Mittel (sog. Projektwettbewerb) werden durch das Vergabegremium mit Zustimmung des Studierendenrats bis zu einem vom Gremium festzulegenden Zeitpunkt im Sommersemester des Vorjahres des Bezugszeitraumes ausgeschrieben. ²Auf Basis der bis zu diesem Datum eingegangen Anträge erstellt das Gremium einen Vergabevorschlag. ³Über den Vergabevorschlag entscheidet der Studierendenrat. ⁴Der Vergabevorschlag ist nach der Zustimmung des Studierendenrats vom Präsidium des Studierendenrats zu unterschreiben. ⁵Das Vergabegremium hat den Vorschlag anschließend bis spätestens zum 31. Oktober des Vorjahres des Bezugszeitpunktes an die zuständige Stelle im Rektorat zu übergeben.

§ 6 Dezentrale Ausschreibung und Vergabe

¹Die Höhe der dezentralen Mittel werdenden Fachbereichen der Verfassten Studierendenschaft durch das Vergabegremium mit Zustimmung des Studierendenrats zugewiesen. ²Das Vergabegremium überprüft die eingereichten Vorschläge auf Vollständigkeit und erstellt auf dieser Grundlage einen Vergabevorschlag. ³§ 5 Sätze 3 bis 5 gelten entsprechend.

§ 7 Allgemeiner Rahmen der Vergabe

¹Die zentrale und dezentrale Vergabe muss sich gemäß § 1 Absatz 2 HoFV-Begleitgesetz im Rahmen der Verwaltungsvorschrift QSM – studentisches Vorschlagsrecht befinden. ²Anträge, die den Anforderungen der Verwaltungsvorschrift nicht genügen, können nicht berücksichtigt werden.

§ 8 Allgemeiner zeitlicher Rahmen

¹Die Mittel stehen jährlich zur Verfügung und werden nach Kalenderjahren vergeben. ²Alle vergebenen Mittel müssen bis zum 31. März des Folgejahres rechtsverbindlich verausgabt werden.

§ 9 Auszahlung

¹Die durch die Fachbereiche und das Vergabegremium vergebenen Mittel müssen gemäß § 1 Absatz 2 HoFV-Begleitgesetz durch das Rektorat bewilligt und freigegeben werden. ²Die Universitätsverwaltung weist erfolgreichen Antragsstellenden die jeweiligen Mittel zur eigenständigen Bewirtschaftung zu. ³Sind Antragsstellenden nicht in der Lage, als mittelbewirtschaftende Stelle zu agieren, übernimmt die Mittelbewirtschaftung eine entsprechende Universitätsstelle.

§ 10 Umgang mit Restmitteln

¹Mittel, die bis zum 31. März des Folgejahres des Bezugszeitraumes nicht von den Antragsstellenden oder Fachbereichen mit Rechtsverpflichtungen belegt sind, gelten als Restmittel. ²Sie werden durch die Universitätsverwaltung eingezogen und ausgewählten zentralen Einrichtungen der Universität für kurzfristige Investitionen überlassen. ³Welchen zentralen Einrichtungen im jeweiligen Jahr die Mittel zufallen sollen, wird durch den Studierendenrat beschlossen und durch das Vergabegremium bis spätestens zum 31. März der zuständigen Stelle des Rektorats mitgeteilt. ⁴Über die Verteilung dieser Restmittel an die ausgewählten zentralen Einrichtungen entscheidet das Vergabegremium auf Grundlage der Vorschläge der jeweiligen Einrichtung und der Höhe der eingezogenen Mittel. ⁵Restmittel müssen für zusätzliche Ausgaben verwendet werden und dürfen nicht zum Abzug von Mitteln an dieser oder anderer Stelle führen.

§ 11 Umwidmungen

(1) Umwidmungen können bei zentralen und dezentralen Mitteln durchgeführt werden.

(2) ¹Die Umwidmung von dezentralen Mitteln kann das Vergabegremium eigenständig beschließen, wenn die folgenden Voraussetzungen kumulativ vorliegen:

1. Das Volumen der Umwidmung umfasst weniger als 20 % der gesamten Mittel, die dem Fachbereich zur Verfügung stehen.
2. Die Umwidmung muss nachvollziehbar sein und dem Mittelverwendungszweck entsprechen.

²Dies ist auch im Falle eines Stufenwechsels anwendbar. ³Der Umwidmungsantrag ist anschließend an die zuständige Stelle in der zentralen Universitätsverwaltung weiterzuleiten.

(3) ¹Dezentrale Umwidmungen, die die Voraussetzung des Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 nicht erfüllen, sowie zentrale Umwidmungen müssen durch das Vergabegremium in den Studierendenrat eingebracht werden. ²Dort muss der Umwidmungsantrag vorgestellt und abgestimmt werden. ³Wird dem Antrag seitens des Studierendenrats zugestimmt, so ist er vom Vergabegremium an die zuständige Person in der zentralen Universitätsverwaltung weiterzuleiten. ⁴Zur Umwidmung bedarf es eines Rektoratsbeschlusses.

Abschnitt II: Das Vergabegremium (SVB-Gremium)

§ 12 Zusammensetzung des Gremiums

(1) ¹Das zentrale Vergabegremium soll sowohl aus Studierenden der Natur- und der Geisteswissenschaften der Albert-Ludwigs-Universität zusammengesetzt sein, wenn möglich zu gleichen Teilen. ²Bei der Besetzung ist auf eine Diversität der Geschlechter zu achten und Ausgewogenheit anzustreben. ³Die Anzahl der Mitglieder darf nicht weniger als drei und nicht mehr als zwölf betragen.

(2) ¹Zur Vermeidung von Interessenkonflikten hat ein Mitglied des Gremiums, das sich für befangen hält oder wenn Zweifel bestehen, ob ein Interessenkonflikt gegeben sind, dies den anderen Gremienmitgliedern mitzuteilen. ²Ob die Voraussetzungen nach Absatz 2 Satz 1 vorliegen, entscheiden die anderen Gremienmitglieder mit einfacher Mehrheit. ³Das für befangen erklärte Mitglied darf bei der Beratung und Beschlussfassung der betreffenden Angelegenheit nicht zugegen sein.

§ 13 Wahl des Gremiums

Das Gremium wird gemäß § 6 Geschäftsordnung des Studierendenrats durch den StuRa anhand des Schulze-Verfahrens gewählt.

§ 14 Arbeit des Vergabegremiums

(1) Aufgaben des Gremiums sind insbesondere:

1. Die Veröffentlichung eines Zeitplans, welcher alle wichtigen Fristen und Formalien zur Stellung eines Antrags auf zentrale Mittel und der Einreichung eines Verwendungsvorschlags für dezentrale Mittel ersichtlich macht
2. Die Ermittlung der Höhe der den einzelnen Fachbereichen zuzuweisenden Gelder aus den von der Universitätsverwaltung bereitgestellten Unterlagen zur Höhe der VZÄ.

3. Die rechtzeitige Bekanntgabe der Ausschreibung der zentralen Mittel sowie die Information der Fachbereiche über das ihnen zur Verfügung stehende Budget.
 4. Die Sichtung, Prüfung der eingegangenen Anträge auf eine Übereinstimmung mit den notwendigen Kriterien der Verwaltungsvorschriften, den Vorschriften des Landeshochschulgesetzes (LHG) sowie den Kriterien der zentralen Ausschreibung.
 5. Die Vorlage der angenommenen Anträge sowie der Verwendungsvorschläge der Fachbereiche an das Rektorat zur formalen Prüfung.
 6. Die Öffentliche Bekanntgabe der erfolgreichen Anträge.
 7. Umwidmungen im Benehmen mit der Universitätsverwaltung durchzuführen.
 8. Die Koordination einer sinnvollen Verwendung der Restmittel, das Einholen von Verwendungsvorschlägen von zentralen Einrichtungen sowie eine abschließende Entscheidung über die anteilige Verteilung an die vom Studierendenrat gemäß § 10 Satz 3 benannten Einrichtungen und die Vorlage dieser Entscheidung zur Genehmigung ans Rektorat.
 9. Die Überarbeitung der notwendigen Dokumente und Formulare im Bedarfsfall.
- (2) Im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung haben die Mitglieder des Gremiums auf eine angemessene Dokumentation und transparente Berichterstattung über die Verwendung der Mittel achten. Von erfolgreichen Antragstellenden aus der zentralen Vergaberunde sind Berichte zur Durchführung der Projekte einzufordern und zu veröffentlichen, und auf die Einhaltung der Vorgaben zur Kennzeichnung der geförderten Projekte durch die durchführenden Einrichtungen zu achten.
- (3) Um die Vergabe zu evaluieren und für das Folgejahr vorzubereiten trifft sich das Gremium zweimal jährlich mit einer Vertretung des Rektorats.

Abschnitt III: Vergabe der zentralen Mittel

§ 15 Zugang zu den zentralen Mitteln

¹Die Möglichkeit, Anträge zur Verwendung der zentralen Mittel zu stellen, haben alle Mitglieder und Einrichtungen der Universität, die direkt oder indirekt zur Verbesserung von Studium und Lehre beitragen können. ²Die Laufzeit der Projekte soll ein Jahr nicht übersteigen. ³Eine mehrjährige Förderung ist nur unter besonderen Umständen möglich und muss hinreichend begründet sein.

§ 16 Höhe der zentralen Anträge

Anträge sollen ein Volumen von einem Viertel der gesamten zentralen Mittel nicht überschreiten.

Abschnitt IV: Vergabe durch die Fachbereiche (dezentrale Mittel)

§ 17 Zusammensetzung der Fachbereiche und Höhe der zu vergebenen Mittel

¹Gemäß § 13 Absatz 1 der Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg gehört jeder Studierende der Albert-Ludwigs-Universität einem Fachbereich an.

²Die Höhe der dezentralen Mittel eines Fachbereiches ergibt sich aus den sogenannten Vollzeitäquivalenten (VZÄ), die diesem Fachbereich zugeordnet werden. ³Eine gesonderte Gewichtung von Naturwissenschaften gegenüber Geisteswissenschaften findet nicht statt.

§ 18 Zuweisung der Mittel an die Fachbereiche

¹Das Rektorat stellt dem Vergabegremium Unterlagen zur Berechnung der den Fachbereichen zugehörigen VZÄ zur Verfügung. ²Auf Basis dieser bestimmt das Vergabegremium die den Fachbereichen jeweils zustehenden Mittel und veröffentlicht diese Verteilung rechtzeitig.

§ 19 Kompetenzen der Fachbereiche

(1) Die Fachbereiche können die ihnen zugeteilten Mittel nach eigenem Ermessen selbst oder in Zusammenarbeit mit universitären Einrichtungen vergeben. Um die Vergabe näher zu regeln, können sie sich eine eigene Vergabeordnung geben.

(2) Die Fachbereiche müssen sich dabei an § 1 Absatz 2 HoFV-Begleitgesetz sowie die Verwaltungsvorschriften halten. Alle Verwendungsvorschläge müssen zur gesetzten Frist beim Vergabegremium eingereicht und die Mittel bis zum 31. März des Folgejahres ausgegeben werden.

Schlussbestimmungen

§ 20 Beschluss der Ordnung

Änderungen dieser Vergabeordnung sind nur durch mehrheitlichen Beschluss des Studierendenrats möglich.

§ 21 Inkrafttreten

Diese Vergabeordnung tritt mit Beschluss des Studierendenrats vom **Datum** in Kraft.